Soziale Gerechtigkeit stärken Altersarmut verhindern

- 13. Rentenzahlung für diejenigen, die unser Land stark gemacht haben. Inflationsausgleichzahlung auch für Rentnerinnen und Rentner.
- Novellierung "Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren.
 Ziel ist es, eine Sollbestimmung zu erreichen.
 (ThürSenMitwBetG).
- Erweiterung der Altersvorsorge der ehrenamtlichen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr, Einbeziehung der ehrenamtlich Tätigen, des Katastrophenschutzes. (§15 Zusätzliche Altersversorgung)

Freizeit aktiv genießen

- Seniorenakademie stärken und ausbauen.
- Medienkompetenz entwickeln und Medienkompetenzschulungen anbieten.
- >> Sicherheitsschulungen für Seniorinnen und Senioren anbieten.
- Stärkere diplomatische Bemühungen für Friedensverhandlungen – Ukrainekrieg





Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

Willy-Brandt-Haus • Wilhelmstraße 141 • 10963 Berlin

Tel: 030-25 991 403 • Fax: 030-25 991 404

Mail: 60plus@spd.de

Bundesvorsitzender: Lothar Binding

SPD & 60 plus

ARBEITSGEMEINSCHAFT SPD 60 PLUS

REGION OST



INFORMATIONEN, BESCHLÜSSE UND TERMINE AUF UNSERER WEB SEITE:

60PLUS.SPD.DE

Wir sind laut Statut der SPD eine Arbeitsgemeinschaft, die sich aktiv für den Austausch zwischen den Generationen einsetzt.

Unser Ziel ist es, unser Wissen und unsere Erfahrungen einzubringen, um die Zukunft aktiv mitzugestalten. Wir fordern Respekt für die Lebensleistung unserer Generation und bestehen darauf, selbstbestimmt zu handeln, ohne bevormundet zu werden.

Dafür setzen wir uns ein:

Folgende Leistungen des Sozialstaates sollen ausgebaut werden:

- Das bisherige zersplitterte Altersversorgungssystem wird ab der kommenden Legislaturperiode schrittweise auf ein System der Erwerbstätigenversicherung umgestellt, in das alle Erwerbstätigen einzahlen.
- Die bisherige in zwei Systemen gesetzlich und privat – organisierte Krankenversicherung wird auf eine Bürgerversicherung umgestellt.
- Die bisher in weiten Teilen unterfinanzierte Pflegeversicherung wird auf ein System der Pflegevollversicherung umgestellt.

Die Diskriminierung älterer Menschen muss verhindert werden:

- Der Artikel 3 des Grundgesetzes wird um das Merkmal "Lebensalter" erweitert.
- Die Höchstaltersgrenzen für die Übernahme von Ämtern und Mandaten werden aufgehoben.
- Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wird mit dem Ziel geändert, die Diskriminierung älterer Menschen bei privatrechtlichen Geschäften zu verhindern.

Die SPD unterstützt die altersgerechten Anliegen in den Politikfeldern Wohnen, Mobilität und Digitalisierung

- Der altersgerechte Wohnungsumbau sowie Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften, genossenschaftliches und betreutes Wohnen werden angemessen gefördert.
- Altersgerechte Lösungen bei der Verkehrsplanung und ihrer baulichen Realisierung sowie Fahrpreisermäßigungen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr für ältere Menschen mit geringem Einkommen werden unterstützt.
- Trotz zunehmender Digitalisierung werden die analogen Dienstleistungen weiterhin aufrechterhalten.

Die SPD setzt sich ein für die "Anerkennung der Lebensleistung – Die Fehler und Versäumnisse in der Rentenüberleitung in Form eines Gerechtigkeitsfonds

Infrastruktur und Personennahverkehr

- Bürger- und Rufbusse im ländlichen Raum stärken.
- Harmonisierung von Bus- und Bahnfahrplänen
- Reaktivierung und Ausbau von Bahnstrecken (z. B. Ohratalbahn)
- Zeitgemäßer ÖPNV, Kostengünstig, selbstbestimmt und unabhängig an 365 Tagen im Jahr für rund einen Euro pro Tag (D-Ticket).

Pflege bezahlbar machen und selbstbestimmt leben

 Leben unter Freunden: Ausbau von Senioren-WGs mit 24-Stunden- Betreuung durch qualifiziertes Personal.

Freiwillige Arbeit über das Rentenalter hinaus attraktiver machen

- 2.500 Euro steuerfrei hinzuverdienen.